

Die Transformation Rußlands

Zwischenbilanz, Strukturprobleme und neue Zuspitzung

Dr. Klaus Segbers, geb. 1954 in Dortmund, Studium der Geschichte und Slawistik in Bochum, Konstanz und Bremen, ist wissenschaftlicher Referent und Sprecher der Fachgruppe Osteuropa/Sowjetunion der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Dieser Beitrag will zeigen, daß unterhalb der sichtbaren und weithin bekannten Schwierigkeiten bei der Konzipierung und Umsetzung der Reformen in der früheren Sowjetunion und besonders in Rußland Strukturprobleme des Übergangs verborgen sind, die mit tagespolitischen Beobachtungen allein nicht zu erschließen sind. Weil die Vermittlung der Oberflächenphänomene mit den tief erliegenden Dilemmata der Transformation oft nicht

erfolgt oder gelingt, kommen Fehleinschätzungen zustande, die wiederum Auswirkungen auf (nicht nur) westliche Anstrengungen zur Kooperation mit und Einwirkung in die frühere Sowjetunion haben.

Acht Jahre nach Beginn der Perestroika und nach über einem Jahr der entschiedenen Reformpolitik, die mit dem Namen von Egor Gajdar (amtierender Ministerpräsident 1992) und von Präsident Boris El'cin (Jelzin) verbunden war, werden die vorläufigen Ergebnisse Mitte 1993 äußerst kontrovers beurteilt. Tatsächlich ergibt sich eine gemischte Bilanz. Es sind sowohl höchst beunruhigende negative Prozesse zu beobachten, wie hoffnungsvoll stimmende, und beide laufen parallel. Hierin legt die Problematik vorschneller Wertungen begründet.

Eine ganze Anzahl von Entwicklungen trägt ein negatives Vorzeichen.

In der Wirtschaft ist anstelle einer gezielten Restrukturierung zu Lasten unnötiger Erzeugnisse ein drastischer Rückgang der Produktion in fast allen Bereichen zu verzeichnen, gerade auch in konsum- und exportrelevanten Sektoren. Die Produktionseinbrüche wirken sich auf die Stimmung zumindest der dort Beschäftigten aus.

Die öffentlichen Haushalte sind hochdefizitär und kaum mehr kontrolliert. Im Gegensatz zu den Ankündigungen der Gajdar-Regierung, aber auch zu ihrer öffentlichen Stigmatisierung als „monetaristisch“ ist eine Haushaltsstabilisierung weiter entfernt denn je. Es gibt eine schwer überschaubare Streuung von Subventionen, Transfers, Lizenzvergaben und anderen Sonderregelungen zugunsten durchsetzungsfähiger Regionen und Interessengruppen. Damit entwickeln sich die Wirtschafts- und Sozialverhältnisse in der Russischen Föderation auseinander.

Die Stabilisierung des Rubel und eine konsequente Finanzpolitik sind nicht gelungen. Die Inflation ist trotz leichter Abschwächung in diesem Jahr noch ungezügelt - sie verschärft soziale Gegensätze und verhindert Investitionen. Es gelang noch nicht, eine effektive Regelung zur Liquidierung von Betrieben (und damit zur Einsparung von Rohstoffen, zum Subventionsabbau und zur Härtung der Budgetschränken) durchzusetzen. Auch die Monopolstellung vieler Betriebe und Regionen konnte durch nichts durchbrochen werden.

Wirtschaftliche Aktivität von Personen im Privat- und im Staatssektor konzentriert sich zwangsläufig auf den Bereich der Zirkulation, um Spekulationsgewinne abzuschöpfen, während die Produktion vernachlässigt wird. Dieser Umstand trägt nicht unerheblich zur Skepsis wesentlicher Teile der Gesellschaft bei, die (Straßen)Handel mit „Markt“ schlechthin identifizieren.

Bei hoch unterkapitalisierten, „moralisch veralteten“ Anlagen und Einrichtungen ist eine Halbierung der staatlichen und ein Stillstand aus- und inländischer privater Investitionen zu registrieren, der für Gesundheits- und Bildungswesen, Straßen und Betriebsausrüstungen erhebliche Belastungen mit sich bringt. Schließlich konnte bis heute keine zugleich rationale wie effek-

tive Neuregelung der Außenhandelsaktivitäten erreicht werden. Versuchen zur zentralen Regelung (Lizenzvergabe) stehen Bestrebungen der Regionen entgegen, an Moskau vorbei zu agieren.

In der Politik wächst die Unfähigkeit der staatlichen Einrichtungen, Entscheidungen durchzusetzen und deren Erfüllung zu kontrollieren (nur etwa 40 Prozent der Beschlüsse des Russischen Ministerrats wurden 1992 annähernd ausgeführt). Die Auswirkungen des Zerfalls der UdSSR machen sich weiter bemerkbar. Es gelang bisher nicht, einigermaßen stabile Beziehungen zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken zu erhalten bzw. neu zu etablieren. Zugleich ist die gegenseitige Abhängigkeit vor allem im Energiebereich, aber auch bei Zulieferungen hoch. Die Machteliten der Nachfolgestaaten schwanken zwischen der Suche nach pragmatischen Lösungen und dem Streben nach vor allem symbolischer Stärkung der eigenen Unabhängigkeit.

Die Binnenverhältnisse in der Russischen Föderation zwischen 89 „Subjekten der Föderation“ (Republiken, Gebiete und Bezirke), neu entstehenden Kosakentümern und nicht immer wirksam aus Moskau kontrollierten Wehrkreisen entwickeln sich auseinander, Autonomisierung und Regionalisierung setzen sich fort, der Föderationsvertrag wird in wesentlichen Punkten nicht erfüllt. Die Regionen schauen nur noch teilweise nach Moskau, zugleich suchen und finden sie dort neue Formen der Einflußnahme.

Die sich entfaltenden regionalen, sozialen, politischen und funktionalen Interessen finden bisher keine stabile und effektive Organisationsform und werden durch keine Mechanismen wirksam integriert. Alle Parteien, Bewegungen und „Fronten“ sind instabil und können in dieser Form nicht als Grundlage einer sich entwickelnden, pluralen zivilen Gesellschaft dienen. Das Kräfteverhältnis zwischen den obersten Verfassungs- und Machtorganen ist instabil, die Verfassung funktioniert nicht, Politik resultiert oft aus Tageskompromissen im Umfeld des allgemeinen Notstands. Die ständigen Behinderungen und Skandale zwischen den präsidentialen und parlamentarischen Strukturen, dem Verfassungsgericht und weiteren Akteuren drücken dies immer wieder anschaulich aus.

In der Gesellschaft verschärft sich die Krise der Orientierungen und Werte. Viele Menschen haben alte Überzeugungen und, zum Teil, eigene Biografien verloren, zugleich aber keine neuen tragbaren Bindungen und Interpretationsangebote gefunden. Eine generelle politische Apathie, oft verbunden mit okkultistischen und spiritualistischen Neigungen, ist die Folge. Zugleich nimmt die politische Verärgerung zu. Zumeist bleibt sie noch ohne konkretes Ziel und begibt sich allenfalls abstrakt auf die Suche nach Schuldigen - Freimaurern, Juden, Angehörige anderer Ethnien, „der Westen“ oder die „Mafia“ sind die behabtesten Kandidaten. Tendenzen zur allgemeinen Deregulierung verstärken sich. Gesetze und Normen können oft nicht mehr durchgesetzt werden und werden zunehmend mißachtet. Das Ergebnis ist die rasch steigende Kriminalität in all ihren Formen.

Der Zugang zu Ressourcen und Revenuen ist sehr ungleich, die Geldeinkommen innerhalb des staatlichen und privaten Sektors sowie zwischen ihnen klaffen weit auseinander, die soziale Differenzierung steigt. Dies geht einher mit einer Mischung aus Resignation, Duldung und dem Bestreben, selbst auszuschließen - je nach Generation und Ausstattung der einzelnen. Angesichts sinkender Fähigkeiten des Staates zur Transferierung von Einkommen zwischen Regionen und sozialen Gruppen und der Erodierung tradierter sozialer Netze wächst die soziale Desintegration und Fragmentierung. Dabei verlaufen Segregationsprozesse zunehmend längs kultureller, ethnischer, sprachlicher und äußerlicher (Hautfarbe) Kriterien.

Schließlich kennt die politische Kultur vieler nachsowjetischer politisch-administrativer Einheiten vernünftige und friedliche Wege der Konfliktaustragung eher als Ausnahme. Irrationalität bei der Problemwahrnehmung und -befassung sowie Gewaltförmigkeit bei Auseinandersetzungen sind oft vorherrschend. Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik werden weniger als solche und oft kaum unter Bezug auf den internationalen Interaktionszusammenhang behandelt, meistens dagegen als Funktion innenpolitischer Konstellationen und Interessen. Der Streit über Integration in die Weltstrukturen oder Abgrenzung und Rückzug auf Undefinierte russische Traditionen verlängert die inneren Gegensätze über Fragen der Eigentums- und Staatspolitik nach außen.

Zugleich gibt es eine Vielzahl von Entwicklungen, die als positiv gewertet werden müssen: Die dramatischen Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik seit 1985 bedürfen ebenso wenig näherer Illustration wie die innere Öffnung in den Bereichen Kultur, Medien und Wissenschaft. Politischer Dissens wird nicht mehr systematisch kriminalisiert. Der institutionalisierte Korporatismus im Rahmen der KPdSU wurde überwunden zugunsten konkurrierender Interessenartikulation und -Organisation. Mobilitäts- und Informations-Schranken zwischen Regionen und sozialen Gruppen sowie zum Ausland sind weitgehend entfallen.

In Wirtschaft und Gesellschaft gibt es ebenfalls eine Reihe positiver Tendenzen:

Das traditionelle Beharrungsvermögen in Wirtschaftsverwaltungen, bei Betrieben und Konsumenten wird zunehmend überwunden. Teile der Gesellschaft, vor allem in der jungen Generation, in der jungen Privatwirtschaft und ein Teil der Direktorenschaft der Staatsindustrie, hat schließlich begonnen, sich selbst zu orientieren und stärker eigeninitiativ zu bewegen. Die Erwartung der Allzuständigkeit des Staates wurde erschüttert, die Eigenverantwortlichkeit nimmt zu.

Die Privatisierung von Handel, Gewerbe und Dienstleistungen („kleine Privatisierung“) ist weit vorangekommen, die große Privatisierung hat begonnen und dürfte bald einen Punkt erreichen, an dem sie nicht mehr angehalten oder gar zurückgenommen werden kann. Zu viele Interessen beginnen sich mit

neuen Eigentumsformen zu verknüpfen. Der staatliche Großhandel ist zum größeren Teil zusammengebrochen, Rohstoff- und Warenbörsen und Direktkontakte setzen sich durch. Das „neue Business“ wird zum Träger ökonomischer und sozialer Interessen, und es wird über Formen der Lobbyismus zunehmend zum einflußreichen politischen Akteur. Die staatliche Preisfestsetzung und -regulierung ist mit wenigen Ausnahmen aufgegeben. Eine Neuorganisation des Steuersystems wurde begonnen - allerdings steht sie noch am Anfang und kann den Staatshaushalt bislang nur unvollständig füllen.

Strukturprobleme des Übergangs nachsowjetischer Gesellschaften

Diese Bilanz, die neben Schatten- auch etliche Lichtseiten enthält, ist, wie erwähnt, eine Tendenzaufnahme dessen, was derzeit in Rußland und i. w. auch in anderen Nachfolgeeinheiten zu beobachten ist. An und für sich sagen sie wenig über den Zustand des Transformationsprojektes aus. Auch ergeben sich auf dieser Ebene ungenügend gesicherte Anhaltspunkte für eine vorbehaltlose Debatte über die Chancen und Risiken äußerer Einwirkungen. Im folgenden werden deshalb allgemeinere Strukturprobleme des Übergangs nachsowjetischer Gesellschaften formuliert, die sich aus den oben vorgetragenen Beobachtungen analytisch gewinnen lassen:

1. Die Veränderungen sind in der Form sowohl von Blockaden wie von Durchbrüchen Bestandteile einer langen Transformation, die notwendig instabil ist und bleiben wird. Gegenläufige und widersprüchliche Bewegungen, Konfrontationen und Konvulsionen sind nicht Ausnahmen von einem generell organisierten Übergang, sondern sie sind die Regel. Dies ist immer wieder zu vergegenwärtigen, wenn die tagespolitischen Aufgeregtheiten „Entscheidungsschlachten“ suggerieren.
2. Der Übergang zur Marktregulierung ist eine äußerst schwierige Gratwanderung zwischen zwei gegensätzlichen und oft einander ausschließenden Zielsetzungen: einerseits der Notwendigkeit eines fortgesetzten Protektionismus für (noch) nicht konkurrenzfähige Wirtschaftssubjekte, gradualistischen Veränderungsschüben und politisch-taktischer Entscheidungen über die Abfolge (sequencing) und Umsetzung einzelner Reformelemente; andererseits dem Erfordernis, staatliche Interventionen rasch und drastisch zu vermindern, Wirtschaftszweige, Betriebe und Bürger in ihrer Doppelrolle als Produzenten wie Konsumenten „loszulassen“, und schließlich die Budgetschränken entschieden zu härten.
3. Der alte „Gesellschaftsvertrag“ der sowjetischen Nachkriegsperiode, der sozialen Schutz und Stabilität als Ersatz für politisch relevanten Dissens vorsah, erodierte in den späten siebziger Jahren, als das traditionelle sowjetische Entwicklungsmodell erschöpft war und somit immer weniger Ressourcen und Produkte zu verteilen waren. Bisher konnte kein neuer Gesellschaftsvertrag entworfen werden: es gibt keinen Zuwachs an Ressourcen, Kapital und Warenströmen, der zwischen Republiken, Regionen, Branchen, Betrieben und soziale Gruppen verteilt werden könnte. Statt dessen erfolgen Umverteilungen zu Lasten der jeweils durchsetzungsschwächsten Gruppen. Folgerichtig schrumpft die soziale Basis für das Reformprojekt. Soziale Konflikte, Separatismen, Regionalisierung, Nationalismen und Grenzkonflikte drücken dieses Dilemma aus.
4. Funktionierende und leistungsfähige Infrastrukturen, d. h. Transportwege und -mittel, Nachrichtenverbindungen, Gesundheits- und Ausbildungssysteme sind Voraussetzung für Austauschbeziehungen zwischen den nachsowjetischen Räumen. Diese

Einrichtungen sind jedoch in den meisten Teilen der früheren Sowjetunion in einem beklagenswerten Zustand. Transportleitungen, Schienenwege, Telefonnetze, Krankenhäuser und Schulen sind veraltet, überlastet und unterkapitalisiert. In der überschaubaren Zukunft ist kein Nachfolgestaat in der Lage, die erforderlichen Mittel für Modernisierung oder Ersatz der alten und gefährträchtigen Anlagen aufzubringen.

5. Die forcierte Modernisierung in der früheren Sowjetunion, die unter ungünstigen inneren und wohl auch äußeren Bedingungen stattfindet, „produziert“ zwangsläufig Nationalismen: neue politisch-territoriale Einheiten werden etabliert; Räume werden wirtschaftlich und kulturell homogenisiert; kulturelle Standards und Sprachen werden festgelegt und durchgesetzt - oft gegen die Interessen und Kompetenzen von Minderheiten in der eigenen Region und gegen parallel laufende Vorgänge in den Nachbarregionen. Nationalismus ist ein Phänomen, das zur selben Zeit als Nebenprodukt von Modernisierung „geschieht“ und von oben gemacht, organisiert wird.

6. Die Vervielfältigung der politisch-territorialen Einheiten, Interessen und Eliten, die zumeist unter jeweils hohem Binnendruck agieren müssen, macht es schwierig und oft unmöglich, prinzipiell vernünftige Formen horizontaler Kooperation in der früheren Sowjetunion zu organisieren oder beizubehalten. Viele der bekannten politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und militärischen Konflikte sind Ergebnis dieses quasi autistischen Verhaltens.

Der verstellte Blick des Westens

Die meisten, wenn nicht alle dieser Grundkonflikte können kaum oder gar nicht positiv von außen beeinflußt oder gar gelöst werden. Die geschilderte Situation wird erschwert durch fehlerhafte oder jedenfalls zweifelhafte westliche Wahrnehmungen und Interpretationen wesentlicher Aspekte und Konstellationen sowie durch unzulängliche Konzeptbildung für und Wirkungsanalysen von innerer und äußerer Politik der Räume im Umbruch. Daraus folgen ineffektive oder unzulängliche, teilweise auch schädliche Versuche der „gutgemeinten Einflußnahme“ in die laufenden Transformationsvorgänge.

1. Deklarativ-affirmative Äußerungen zugunsten von „Markt“, „Demokratie“ und „Selbstbestimmungsrecht“ reichen nicht aus und können problematisch sein, wenn sie nicht definiert und in einen sinnvollen Kontext gestellt werden. Wirtschaftliche und politische Deregulierung sind gleichermaßen im Prinzip unvermeidbar und bedingen sich gegenseitig. Sie bilden aber offensichtlich einen problematischen Zusammenhang, wenn sie gleichzeitig und parallel initiiert werden oder „geschehen“, und münden dann in allgemeine Desorganisation.

2. Die allgemeinen und darüber hinaus in jedem Fall spezifischen Voraussetzungen erfolgreicher nachholender Modernisierung werden zu wenig angesprochen. Dies muß jedoch geleistet werden, selbst dann, wenn keine prinzipielle Entwicklungsalternative in Sicht ist. Andernfalls wird eine unterstellte westliche Erfolgsgeschichte vorschnell als Modell genommen.

3. Es reicht nicht mehr aus, Kataloge und Programme eines „richtigen“ politischen Rahmens (settings) zu deklinieren: Anreize, property rights, soziales Netz usw., und die Erwartung anzuschließen, dies müsse nur umgesetzt werden, um den Systemwechsel zu „schaffen“. Nicht mangelhafte Zielsetzungen sind das Problem, sondern die fehlende Technologie, diese unter widrigen Bedingungen umzusetzen.

4. Die populäre Meinung, daß „Gorbacev“ nach 1985 und „El'cin“ nach 1991 stets zu spät, unentschieden, zögerlich und langsam agiert hätten, unterstellt die Möglichkeit

zur totalitären Politikgestaltung in einer zunehmend pluralen und konfliktorischen Gesellschaft bei einem desorganisierten politischen Rahmen.

5. Das naheliegende Bestreben, die zerfallenden Interpretationsmuster für die Struktur internationaler Beziehungen zu ersetzen und neue handhabbare Kategorien wiederzugewinnen, sollte nicht dazu führen, alte Grobraster wie Totalitarismus/Demokratie oder Kommunismus/Kapitalismus durch neue reduktionistische Begriffe abzulösen. Der Versuch, die Kategorie der Zivilisation als überschaubares Ordnungsmuster und Feindbild einzuführen, sollte mißtrauisch machen. Zugleich sollte der Europa-Begriff nicht exklusiv verwendet werden.

Nach der bisher angestellten Analyse fällt es schwer, im Rahmen der bisher in der westlichen Öffentlichkeit diskutierten und praktizierten Formen von „Hufe“ und Einflußnahme auf die sich wandelnden Gesellschaften in der früheren Sowjetunion wirklich effektive und sinnvolle Formen zu identifizieren. Materielle Beihilfen in der Form von globalen und mehr oder weniger ungebundenen Mittelzuweisungen (Kapitaltransfers) sowohl an zentrale Apparate wie an regionale Eliten sind problematisch. Die Aufnahme Seite kann die Mittel entweder nicht zielgerichtet und effektiv einsetzen, oder sie fühlt sich zur Dissoziation ermutigt.

Es ist auch zu beachten, daß westliche Kriterien für und Verwaltensweisen bei Kriseneindämmung, Interventionslagen, materielle Hilfen und dergleichen unweigerlich zu Gegenständen innenpolitischer Auseinandersetzungen und Kalküle bei den Konfliktparteien in den betroffenen Regionen werden. Die Reaktionen dort schließen die Provokation externen Engagements, die Erpressung von Einmischung und Hilfe (threat by weakness) und dergleichen ein.

Zugleich werden unmittelbare Eingriffe in die drängendsten Problemknäuel durch mangelnde Initiative und/oder Völkerrecht verhindert: die zügige Abschaltung gefährlicher AKWs, die rasche Vernichtung von Waffensystemen, vor allem von nuklearen Sprengköpfen und Flüssigtreibstoff; die unverzügliche Instandsetzung der überforderten Infrastruktur; Grenzkontrollen, usw. Der Begriff der „Einmischung in innere Angelegenheiten“ ist bei grenzüberschreitenden Gefährdungspotentialen kaum mehr tauglich.

Eine sinnvolle Politik vor allem der OECD-Staaten gegenüber den sich transformierenden Räumen in Osteuropa müßte zunächst drei Bereiche erfassen:

- die politische und ökonomische Integration der osteuropäischen Regionen jedenfalls als regulierende Idee heute und als reale Möglichkeit in der Zukunft;
- die Öffnung westlicher Märkte für einige der ohnehin wenigen konkurrenzfähigen Produkte aus Osteuropa;
- eine reflektierte, kalkulierbare und koordinierte (Em-)Wanderangspolitik.

In kaum einem dieser Bereiche ist in absehbarer Zeit mit Erfolgen zu rechnen, da, erstens, die inneren Voraussetzungen für stabilisierende Aktivitäten nach außen in vielen der potentiellen Partnerstaaten selbst (zunehm-

ment) fehlen, und da, zweitens, Interessengegensätze zwischen westlichen Staaten eine ausreichend abgestimmte und effektive Politik nach Osten offensichtlich verhindern.

Dies bedeutet, daß die Aussichten für eine erfolgreiche, realistische, abgestimmte und wirksame Politik der Einwirkung auf die sich wandelnden Gesellschaften Osteuropas und der früheren Sowjetunion, nüchtern betrachtet, gering sind. Eine Maxime, die dennoch Gültigkeit beanspruchen kann, lautet: Die Aufgabe besteht nicht darin, Stabilität einer bisher notorisch instabilen Transformation zu erreichen, sondern Analysen und Politik zu betreiben unter Bedingungen eines widersprüchlichen, permanenten Wandels.

Die zentralen politischen Konflikte in der früheren Sowjetunion

Die im Frühjahr und Sommer 1993 erneut wahrnehmbaren Ausprägungen der nachsowjetischen Transformation zu dramatischen Situationen drücken weniger eine neue Stufe oder einen neuen Charakter des schwierigen Reformprozesses aus, als vielmehr eine weitere Akzentuierung. Die konstitutiven Elemente sind unverändert: die durch die Erschöpfung des traditionellen sowjetischen Modells und die Umstellungsversuche schwer erschütterte Ökonomie, die Untersteuerung und Insuffizienz von Politik, die Vervielfältigung von agierenden Räumen und Eliten, die ungeklärte staatliche und konstitutionelle Verfassung, die zunehmenden sozialen Verwerfungen und Entregelungen u. a. m. sind und bleiben für lange Zeit die Rahmenbedingungen der Transformation und des auf sie bezogenen Handelns. Während die Zwischenbilanz von Systemwandel und Systemwechsel neben vielen Instabilitäten und Risiken auch zahlreiche positive Elemente und Chancen zu nennen hat, werden die Herausforderungen für aktuelle Politik in- und außerhalb der sich wandelnden Länder eher von der anhaltenden Instabilität bestimmt.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß sich an den professionellen Zugriffsversuchen vorbei immer wieder öffentliche Polemiken, Skandale und (die sowohl mediengerechten wie zunehmend hilfloser wirkenden) Versuche der Akteure zur Demonstration (und Verschleierung) ihrer Interessen in den Vordergrund schieben. Die analytische Aufgabe bleibt es dagegen, die tatsächlich wesentlichen politischen Probleme zu identifizieren, die auf der Moskauer Tagesordnung stehen (sollten):

1. Die Definition und laufende Korrektur der Wirtschaftspolitik. Letztlich kann es sich bei jeder Regierung kaum um mehr handeln als um Akzentverlagerungen im Rahmen einer im wesentlichen festliegenden Transformationsstrategie, die die Marktregulierung über Härtung der Budgetschränken ausdehnt und zugleich das jeweils zu bestimmende Mindestmaß an staatlicher Intervention festlegt. Dabei ergibt sich zwangsläufig eine immer wieder problematische Mischung von Durchstarten und Abbremsen bei dem Übergang zur Marktregulierung. Das daraus resultierende permanente Spannungsverhältnis setzt sich fort und findet nicht nur in den Auseinandersetzungen zwischen Präsidialapparat, Regierung, Parlament, den verschiedenen Interessengruppen und Medien seinen Niederschlag, sondern auch in der Regierung selbst, die schon aus mehreren „Blöcken“ besteht.

2. Die Verteilung von Kompetenzen und Chancen für Ressourcenzugriffe. Dies betrifft die Konkurrenz zwischen den einzelnen Entstaatlichungsvarianten, zwischen politischen, sozialen, regionalen und funktionalen pressure groups und Lobbies und damit auch die Organisation der Machtbalance zwischen einzelnen Verfassungsorganen und zahlreichen Interessengruppen im Zentrum sowie in den 89 „Subjekten der Föderation“. Die Auseinandersetzungen um Eigentumsverteilung und Zugriffschancen sowie um ihre Formalisierung, schließlich der Wettbewerb um die dafür relevanten Schlüsselpositionen ist (und bleibt) der vielleicht wichtigste einzelne Konflikt-auslöser.

3. Das Verhältnis der politisch-territorialen und national-territorialen Einheiten der Russischen Föderation zueinander und zum Zentrum - was immer das derzeit sein mag -, das durch die in Übergangszeiten nicht sehr zweckmäßigen, wenig dauerhaften, aber politisch nun wohl unvermeidlichen Versuche der Verfassungsführung noch verschärft wurde. Die Positionskonkurrenz im Zentrum führt bei dem objektiv gestiegenen Gewicht der Regionen bzw. regionaler Zusammenschlüsse notwendig dazu, daß die Föderationssubjekte von den Restmacht-Blöcken im Zentrum (Präsidialstrukturen, Parlamentspräsidium, Regierungsfraktionen) mit Angeboten umworben werden, die den Zusammenhalt der Föderation immer weiter schwächen. Zugleich versuchen die Territorien ihrerseits, die genannten Moskauer Gruppen zu beeinflussen. Aus diesen Gründen wird auch eine Haushaltskonsolidierung weiter erschwert.

4. Die ausstehende Entscheidung darüber, nach welcher Verfassung agiert werden kann und soll. Einer geltenden, aber kaum praktikablen Verfassung stehen derzeit zwei Entwürfe für ein neues Grundgesetz gegenüber (von Verfassungsversammlung und Parlamentskommission). Einer verfassungsmäßigen Lösung des Problems steht entgegen, daß sich politische Kräfte, die gegensätzliche Interessen haben, auf ein Verfahren zur Annahme und Inkraftsetzung einer neuen Verfassung einigen müßten. Zugleich besteht die Gefahr, daß außerkonstitutionelle Lösungsversuche von irgendeiner Seite an der Zersplitterung der Sicherheitsapparate und an den unterschiedlichen Interessen der Regionen scheitern würden.

5. Die trotz zahlreicher Absichtserklärungen und Treffen ungeordneten Beziehungen der Nachbarstaaten der Sowjetunion zueinander und, vor allem, Rußlands zu jedem einzelnen. Die (teils substantiell, teils symbolisch) schwierigsten Fragen stellen sich für das russisch-ukrainische und russisch-kasachische Verhältnis und bei der russischen Interessendefinition in den südlichen Teilen der früheren Sowjetunion (Grenzschutz und Truppenkontingente vor allem in Georgien und Tadschikistan). Die häufig als besonders spannungsreich wahrgenommenen Beziehungen zu den baltischen Staaten scheinen dagegen besser kalkulierbar und konnten bislang trotz mancher Zuspitzung eher normalisiert werden.

Für Beobachter in- und außerhalb des Landes verstärkt sich der allerdings keineswegs neue Eindruck, daß die (Zwischen-)Lösungen, Verfahrens- sowie Implementierungstechnologien kaum bald zu finden sein werden. Die Antwort auf die Frage, „wer das Land wie kontrolliert“, bleibt stabil und negativ.

Dementsprechend wachsen alarmistische Stimmungen und Einschätzungen. Parallelen zum August 1991 werden immer wieder gezogen. Dies ist einerseits eine oberflächliche Wahrnehmung: Die Transformation ist trotz aller Hemmnisse viel weiter als damals (Entstaatlichung, Regionalisierung u. a.). Die UdSSR ist vergangen, und die Folgen sind allen vor Augen. Zugleich jedoch stehen stabile Apparate und Machtträger heute sowenig (wenn nicht

noch weniger) zur Verfügung als damals. Insofern läßt sich erneut voraus-sagen, daß ein gewaltsamer Ausbruch mit der Absicht, die Transformation auf-zuhalten oder zu stabilisieren, ähnlich ausgehen würde wie damals - ein beschleunigter Zerfall des Landes und bewaffnete Auseinandersetzungen wären die wahrscheinlichen Folgen, nur auf niederer Ebene und mit noch schwerwiegenderen Folgen als 1991. Ein Ausbruch zur Reformforcierung („Befreiungsschlag“) würde, mit etwas geringerer Wahrscheinlichkeit, ähn-lich enden.

Der Stellenwert El'cin's

Vor dem Hintergrund dieser Skizze sollten, unabhängig von Spekulationen um die Gesundheit einzelner führender Politiker, doch folgende Fragen gestellt werden, die für eine Zeit nach oder ohne EPcin von prägender Bedeu-tung sind:

1. Was sind die wirklich dominanten Interessen der beteiligten Akteure? Hier kommt man der Sache näher, wenn man weniger die politische Rhetorik der einzelnen Organisationen ernst nimmt, sondern „harte“ Interessen-Felder identifiziert: Sicherung von Eigentumstiteln, Ressourcenzugang, Privatisierungschancen, Privilegienwahrung, Durchsetzung von Positionen und Funktionen nationaler Eliten.

2. Gibt es Möglichkeiten, politische Zuspitzungen zwischen einzelnen Lagern durch Koalitionsbildungen zu verhindern? Einzelne Versuche, blockübergreifende Verständigungen zu erzielen (oder auch nur Gerüchte darüber), haben bisher ebenso wenig ein Resultat gehabt wie mehrere Anläufe seit 1992, eine zentristische politische Kraft zu etablieren. Kämen blockübergreifende Kompromißvereinbarungen in Form einer Koalitionsregierung, einer Verfassungsvereinbarung für die Übergangszeit oder sonstwie dennoch zustande, wären sie kaum dauerhaft.

3. Was ist die reale Bedeutung des „Faktors EPcin“? Gegenüber stark personalisti-schen Auffassungen von Reformfaktoren ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß der postsowjetische Systemwechsel aus strukturellen Gründen eingeleitet wurde, und daß er in seiner Hauptrichtung weitgehend unabhängig von einzelnen Personen verläuft. Die Bedeutung einzelner Akteure wird auch dadurch gemindert, daß Politik derzeit in den Nachfolgeeinheiten der UdSSR kaum noch organisierbar ist: Wer auch immer Positionen einnimmt, hat kaum mehr Instrumente, Entscheidungen durch-zusetzen.

In diesem zugegeben engen Rahmen können unterschiedliche Führungs-persönlichkeiten jedoch verschieden wirken. Auf dieser Ebene stellt sich damit auch die Frage, welche Bedeutung der „Faktor El'cin“ für den System-wechsel hat. Dies ist somit eher angesichts der öffentlichen Debatten und der Schnellebigkeit der Politik in Rußland und um Rußland herum als aus analytischen Gründen eine Frage von Gewicht:

a) Trivial, aber politisch relevant ist die Überlegung, daß El'cin zunächst potentiell eruptive Nachfolgeauseinandersetzungen blockiert oder doch mildert. Sollte dieser Präsident nicht mehr amtieren, wären sofort einsetzende Auseinandersetzungen über den Nachfolger und, zwangsläufig, über die anzuwendenden Verfassungsnormen unausweichlich (es sei denn, die Hauptinteressengruppen würden sich darauf verständigen, das Amt nicht wieder zu besetzen oder gar entfallen zu lassen, womit jedoch nicht zu rechnen ist).

b) EPCin ist weniger durch seine kaum vorhandene Gestaltungskraft als durch seine symbolische Wirkung in gewissem Maße Garant einer breiteren Streuung von Eigentumstiteln, d. h. vor allem nach der sogenannten ersten Privatisierungsvariante und mittels der Entwicklung von Investmentfonds sowie durch Mindestvorgaben für den Verkauf von Unternehmensaktien am freien Kapitalmarkt. Ohne ihn würden die Interessen der alten Nomenklatura-Gruppen, der Branchen-Eliten und des Managements der großen Staatsbetriebe noch leichteren Zugriff auf Besitztitel haben.

c) El'cin steht für den Versuch, die Russische Föderation gewaltfrei zusammenzuhalten. Es gelingt ihm immer wieder - wenn auch nur vorübergehend -, zu ambitionierte oder gar separatistische regionale und wirtschaftliche Eliten in Formelkompromisse einzubinden. Daß die meisten der zahlreichen Vereinbarungen seit dem Föderationsvertrag nicht halten, trifft zu. Zugleich wird dadurch jedoch Zeit gewonnen, die die gesellschaftlichen Gruppen dringend brauchen, um sich auf die neuen wirtschaftlichen und sozialen Regeln einzustellen. Insofern kommt es auf der Ebene der „hohen Politik“ oft weniger darauf an, Probleme grundsätzlich zu „lösen“ - was unter Bedingungen der laufenden Transformation ohnehin kaum vorsteuierbar ist -, als darauf, immer wieder neue Atempausen zu „organisieren“, und die Würfel in den Hauptfragen im großen und ganzen richtig fallen zu lassen.

d) EPCin symbolisiert Reformbereitschaft nach innen und Kooperationsbereitschaft nach außen für internationale Finanzorganisationen und OECD-Regierungen. Fehlt dieser Faktor, wäre Unsicherheit im Innern und nach außen zwangsläufig, selbst dann, wenn rasch eine überzeugende Nachfolgelösung gefunden würde, was jedoch unwahrscheinlich ist.

An dieser Stelle liegt die Überlegung nahe, wer von den derzeit aussichtsreichsten Nachfolgekandidaten diese Funktionen ausfüllen würde. Betrachten wir das Feld möglicher Prätendenten - den kaltgestellten Vizepräsidenten Aleksandr Ruckoj und den früheren Sekretär des Sicherheitsrates der RF, Jurij Skokov, die Favoriten bei einem vorzeitigen Amtswechsel wären, sowie diese plus Vizepremier Sergej Sachraj sowie unter Umständen noch den Ökonomen Grigorij Javlinskij als wahrscheinliche Kandidaten für die nächsten Wahlen, dann würde Ruckoj nicht die Punkte b, c und d erfüllen, Skokov nicht b und d (c: fraglich, aber möglich), Sachraj allenfalls c und der oft überschätzte Javlinskij höchstens d (für alles andere wäre er zu schwach).

Somit bezieht El'cin einen nicht unwesentlichen Teil seiner erstaunlichen Beharrungskraft nicht nur aus hier nicht behandelten persönlichen Qualitäten, sondern aus der Tatsache, daß die eklatante personelle (und in gewissem Maße auch konzeptionelle) Schwäche seiner Gegner und Anhänger ihn in den Augen oder, vielleicht eher noch in den Empfindungen vieler Menschen in Rußland und darüber hinaus zu einer vergleichsweise berechenbaren Größe macht - auch in seinen hinreichend bekannten erratischen Neigungen.

Sowohl die politische Instabilität wie die Lebenserfahrung lassen es dennoch klug erscheinen, sich auf eine Zeit ohne El'cin vorzubereiten, auch so lange er die genannten Funktionen noch erfüllt. Ohne den „Faktor El'cin“ ist mit folgenden Entwicklungen zu rechnen:

1. Unabhängig von den jeweiligen Favoriten westlicher Aufmerksamkeit und den mit ihnen verbundenen Transformationserwartungen ist der Prozeß des Systemwech-

sels nicht mehr umkehrbar und auch nicht auf Dauer zu blockieren. Die hochgradige Instabilität gilt für Reformpolitik und Versuche einer Anti-Reformpolitik zugleich. Der zugrundeliegende endogene (und von außen noch verstärkte) Veränderungsdruck ist zu stark.

2. Es ist jedoch für eine gewisse Zeit innerhalb der Machteliten mit einer Gewichtsverlagerung hin zu staatlichen und privaten Akteuren aus der ehemaligen Nomenklatura zu rechnen. D. h., die wirtschaftlichen und politischen Interessen der *vydvižency* (Aufsteiger), organisiert um die Russische Waren- und Rohstoffbörse, die „Partei der freien Wirtschaft“ und die Führungsfiguren Borovoj und Gajdar würden zunächst wohl zurückgedrängt.

3. Es wäre der Versuch absehbar, den wirtschaftlichen Wandel stärker zu „regulieren“ und zu „stabilisieren“. Das Ergebnis einer solchen Akzentverlagerung zugunsten von sequencing, am klarsten in den Konzepten des Vizepremiers Oleg Lobov verkörpert, wäre abzuwarten. Doch fehlen die Instrumente für eine stärker staatsinterventionistische Politik, und der Versuch, sie dennoch zu erzwingen, würde in Regionen und bei wichtigen Interessengruppen viel Unruhe auslösen.

4. Die Interessenverhärtung bei den regionalen Eliten würde sich fortsetzen, und zwar bei weiter abnehmenden Harmonisierungsreserven. Es ist mit einer parallelen Zuspitzung zentrifugaler und, weniger, zentripetaler Tendenzen zu rechnen. Mögliche Versuche einer neuen Moskauer Führung, den Staatszusammenhalt durch Drohungen oder Sanktionen zu stärken, dürften eher das Gegenteil provozieren.

5. Eine Nachfolgekohalition im Zentrum würde möglicherweise geringere Einwirkungsmöglichkeiten auf heikle internationale Akteure (Abchasen, Regierung und Opposition in Tadzikistan, politische Strukturen in der Ukraine, Regierungen in Estland und Lettland) haben als der derzeitige Präsident.

6. Wenn sich abhängig oder unabhängig von den Entwicklungen in Rußland, möglicherweise aber gefördert durch Nachfolgewirren die Konflikte in solchen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion zuspitzen, die über eine starke russische Minderheit verfügen, wird sich der schon bestehende Migrationsdruck auf die russischen Städte verstärken.

7. Der Verlust des symbolischen „demokratischen“, antisowjetischen Zentrums, des charismatischen Panzer-Aktivisten vor dem Weißen Haus wird wahrscheinlich Diffusionseffekte für bislang noch auf diesen Präsidenten (und damit in der Wirkung eher rational) ausgerichtete Loyalitäten mit sich bringen. Insbesondere in den Macht- und Repressionsapparaten, darunter vor allem bei den ehemaligen Afghanistan-Kämpfern, aber auch bei Teilen der reformgeneigten ehemaligen Parteifunktionäre, die noch politisch aktiv sind, dürfte sich die Unsicherheit der Orientierung verstärken.

Diese Entwicklungen, sollten sie eintreten, wären unbequem. Zugleich wären sie nicht notwendigerweise katastrophisch. Die stärksten unmittelbaren Effekte würden sich auf Rußland selbst beziehen, das wohl weiter an Reststabilität einbüßen würde.